



HESSISCHER LANDTAG

12. 05. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend ein Europa des sozialen Fortschritts

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekennt sich zum Vertrag von Lissabon, der die Grundlage für eine handlungsfähige, demokratische und soziale Europäische Union im 21. Jahrhundert fortentwickelt. Europa soll zu einer globalen Friedensmacht werden, die sich umfassend für Freiheit und Sicherheit in ihrem Einflussbereich einsetzt. Mit ihren Friedenseinsätzen sorgt die EU dafür, dass in Konfliktregionen Frieden gesichert und eine demokratische Entwicklung ermöglicht wird. Ein starkes Europa wird dafür sorgen, dass die Vereinten Nationen die oberste Legitimations- und Koordinationsinstanz in der internationalen Politik bleiben und gestärkt werden. Der Hessische Landtag befürwortet die Einrichtung eines globalen Rats der Vereinten Nationen für Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie die Stärkung des internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation mit einer angemessenen Verteilung der Stimmrechte.
2. Der Hessische Landtag beteiligt sich an der aktiven Verfolgung der Lissabon-Ziele der Europäischen Union. Europa muss weiterhin zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum ausgebaut werden. Dazu müssen die Voraussetzungen für technologische Innovationen verbessert werden. So ist eine deutliche Steigerung der nationalen und europäischen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Aus- und Weiterbildung dringend erforderlich. Bürokratische Lasten für europäische Unternehmen müssen verringert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen muss durch einen erleichterten Zugang zum Binnenmarkt und zu Finanzierungs- und Innovationsressourcen gefördert werden. Dazu ist das Kreditvolumen der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu erhöhen und die Vergabe zu vereinfachen.
Um das Ziel eines hohen Beschäftigungsstands zu erreichen, muss eine verbesserte wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken auf europäischer Ebene stattfinden. Dazu gehört auch, dass die Europäische Zentralbank neben der Wahrung der Preisstabilität auch Wachstum und Beschäftigung im europäischen Raum als wichtiges Ziel im Auge behält. Die Anerkennung der Bildungsabschlüsse in der EU muss weiter verbessert werden. Die Bildungsprogramme der EU müssen zudem neben Schülern und Studierenden verstärkt auch Auszubildende und junge Berufseinsteiger mit einbeziehen. Denn Bildung und berufliche Weiterbildung sichern nicht nur wirtschaftliche Innovation, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit und sind Motor für eine wirtschaftliche und soziale Konvergenz in der Europäischen Union.
3. Mit Sorge stellt der Hessische Landtag fest, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise Wohlstand, Arbeitsplätze und Unternehmen mit einer bislang unvorstellbaren Geschwindigkeit bedroht. Ursache der Krise waren deutliche Regulierungslücken auf den internationalen Finanzmärkten gepaart mit verantwortungsloser Gier nach immer höhe-

ren Renditen im Finanzsektor - jenseits der realwirtschaftlichen Entwicklung. Finanzmärkte müssen jedoch eine der Realwirtschaft dienende Funktion übernehmen. Der Hessische Landtag sieht die höchste Priorität in der Verbesserung der europäischen und internationalen Finanzmarktarchitektur. Dabei sollen Hedge-Fonds und Private-Equity-Investoren vollumfänglich der Aufsicht unterstellt werden, Steueroasen trocken gelegt und Vergütungssysteme am langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientiert werden. Der Hessische Landtag stellt in dieser Krise mit Genugtuung fest, dass das deutsche Bankensystem mit öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Universalbanken gegenüber dem angelsächsischen, kapitalmarktgetriebenen Investmentbankenmodell vorteilhaft ist. Er sieht im dreigliedrigen Bankensektor einen kulturellen Beitrag zur Stabilisierung der Kreditmärkte in Banken Krisen und ein Modell für Europa. Insbesondere den Bestrebungen der EU-Kommission, den öffentlich-rechtlichen Sektor Privatbanken gleichzustellen, sind vor diesem Hintergrund eine Absage zu erteilen.

4. Der Hessische Landtag unterstützt eine starke europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung. Er ist der Meinung, dass unfairer Standortwettbewerb verhindert werden muss. Einen europäischen Pakt gegen Lohndumping mit existenzsichernden Mindestlöhnen in allen EU-Mitgliedstaaten hält der Hessische Landtag daher für erstrebenswert. Daneben müssen die europäischen Standards bei Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb und in Unternehmen weiter ausgebaut und die Mitbestimmungsrechte europaweit weiter gestärkt werden. Zudem muss der Fokus bei allen europäischen Programmen auf den Erhalt und die Schaffung von Beschäftigung gesetzt werden. Das besondere Augenmerk gilt dabei der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die beruflichen Chancen, die ein grenzenloses Europa bietet, müssen für alle jungen Menschen erfahrbar sein.
5. Der Hessische Landtag setzt sich für einen wirksamen europäischen Schutz für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ein. Kommunen müssen auch weiterhin hochwertige Dienstleistungen für die Menschen anbieten können. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste sowie die Kreditversorgung der Bürger und der mittelständischen Wirtschaft und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk müssen weiterhin dem Gemeinwohl dienen und dürfen dem Streben nach Gewinnmaximierung nicht untergeordnet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Mai 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel